

Die deutsche Regierung den vollständigsten Sieg gemacht hat, läßt sich vor der Hand nicht ermaßen. Jedenfalls liegt in diesen Umständen für die deutsche Arbeiterklasse ein triftiger Grund mehr, unseren Diplomaten und ihrer aristokratischen Intransigenz scharf auf die Finger zu legen und sich jedem proklamatorischen Selbst im Hinterland von Amerika mit aller Energie zu widersetzen.

Politische Uebersicht.

Vor der Wahl Diebstahlungen. — nach der Wahl

Die christlichen Gewerkschaften im Saargebiet waren während der letzten Reichstagswahl eifrig umworben. In Saarbrücken und General von Schubert, der nationale Kandidat in Ottweiler-St. Wendel, liegen mit ihren Helfern herab zum Volke und verkünden, daß sie Freunde des Wahlrechtes seien und den christlichen Gewerkschaften wohlwollten. Die Herren spekulierten auf die Stimmen der evangelischen Arbeiter, die andererseits sich der Stimme enthalten oder für den Zentrumskandidaten gestimmt hätten. Nun sind die Herren Schubert und Volk mit Hilfe der evangelischen Gewerkschafts-Anhänger und Arbeitervereinsmitglieder gewählt worden, und wenn man wissen will, wie die christlichen Arbeiter für ihre Wahlhilfe von den Herren Nationalliberalen gelobt werden, so lese man in der christlichen Arbeiterzeitschrift, was dort von der Drangsalierung und Mißregelung christlicher Arbeiter durch das nationale Unternehmertum berichtet wird. Die Unternehmervill für im Saargebiet hat einen Umfang angenommen, daß unter Führung des Gewerkschaftssekretärs Schneider vom christlichen Gewerkschaftsverband eine Aktion „nationaler Arbeiterwähler“ eingeleitet ist, die sich nationalisch gegen die Zustände im Saargebiet zu richten. In einer an die bürgerliche Presse aus diesen Kreisen gerichteten Zuschrift heißt es:

„Die Burbacher und Döllinger, zeitweise auch die Burbacher Günterwerke, haben nach getätigter Reichstagswahl mit den schädlichsten Mitteln wieder den Kampf gegen die christlich-organisierten Arbeiter aufgenommen, gegen dieselben Arbeiter, denen man bei der Reichstagswahl alle möglichen Volksrechte versprochen. Auf der Burbacher Güte zum Beispiel sind nach der Reichstagswahl wieder eine ganze Anzahl christlich-organisierte Arbeiter gemäßigert worden. Darunter befinden sich Arbeiter, die bei der letzten Wahl aus eifriger für den nationalliberalen Kandidaten Justizrat Volk agitiert haben. Erst jetzt ist wieder ein Vertrauensmann des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes gemäßigert worden. Von einzelnen Mitgliedern der Güte werden die christlich organisierten Arbeiter täglich gehänselt, um sie zu veranlassen, der Organisation der Güte zu treten. Der Besitzer der Döllinger Güte gibt sogar denen, die darauf verzichten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, ein Jahresalmosen von 20 Mark. Das angelegentlich von nationalliberalen Großindustriellen erzeugten Zustände sind die nationalen Arbeiterwähler jetzt als die Petrogenen fühlen und unter ihnen die größte Erbitterung herrscht, ist zu verstehen.“

Zum Schluß wird angekündigt, daß die „nationale Arbeiterpartei“ auf dem diesjährigen Delegiertenkongress der nationalliberalen Partei den Antrag stellen wird: 1. gegen die selben Gewerkschaften Stellung zu nehmen, 2. diejenigen Mitglieder der Partei auszuscheiden, die den christlich organisierten Arbeitern ihr Koalitionsrecht vorenthalten und die selben Gewerkschaften protegieren, da ein solches Verhalten weder den nationalen noch den liberalen Grundgedanken entspricht. Diesen Antrag sollen drei Arbeiter aus dem Saarrevier auf dem nationalliberalen Parteitag eingehend begründen.

Man weiß wirklich nicht, ob die christlichen Arbeiter, die solchermaßen jammern und drohen, noch des Mittelalters würdig sind, oder ob man sie auslöchen soll, daß sie aller Erfahrung zum Trotz immer noch glauben, durch Stebedienerei dem Unternehmertum gegenüber etwas für sich gewinnen zu können. Wer sein Fell beim Unternehmertum sucht, begeht damit einen Verrat an seiner Klasse, und die nachfolgenden Schritte aus dem kapitalistischen Lager sind eigentlich noch eine zu gelinde Strafe für diesen Verrat!

Neue Steuern. Der Reichsfinanzminister hat die Abnungen derer beschäftigt, die sich von dem neuen offiziellen Entwurf nicht wollen beschwichtigen lassen. Von anderer Seite war kürzlich eine Rechnung aufgemacht, bei der dem Steuerzahler die Augen übergehen konnten. Trotz der letzten Bewilligungen von etwa 180 Millionen Mark neuer Steuern sollten wieder 250 Millionen erforderlich sein, wozu man eine Reichserbschaftsteuer auf den direkten Erbgang, eine Wehrsteuer, eine Steuerhöhung auf Tabak (Zigaretten-Banderolsteuer) und Bier in Aussicht genommen habe. Da vorzeitige Erörterungen darüber unermünscht waren, so mußte demotiert werden. Aber wie! Nicht etwa, daß Geld genug vorhanden sei, daß man dem Steuerzahler nicht mehr zumuten könne, oder daß man jetzt endlich lernen werde, nicht mehr Geld auszugeben, als man einnehmen habe. Nein: die Verhandlungen seien noch nicht soweit gediehen, daß sich schon irgend etwas Bestimmtes sagen lasse, am wenigsten über das was, aber auch nicht über die Höhe der Summe. Das ist, als ob der Koch mit dem Messer über den Hühnerhof geht und alle Hennen in die Ecke flüchten, worauf der Koch beschwichtigend sagt: Es steht noch gar nicht fest, wieviel es sein sollen und auch nicht, ob Ihr gelocht oder gebraten werden soll. — Nun beglückwünscht der Kanzler den Schatzsekretär zur bezogenen Reichssteuerreform und hofft auf vollständige Durchführung. Was will man mehr!

Wenn ein Staatsanwalt beleidigt.

Aus Braunsberg meldet uns ein Telegramm: Der Reichsanwalt Kardinal von der hiesigen sozialdemokratischen Volksmeinung hatte bekanntlich gegen den Staatsanwalt Dr. Straßburger wegen Beleidigung geklagt, weil er in einem Verhörprotokoll gegen Kardinal den Ausdrucksweise Respektlosigkeit gebrauchte. Der erste Staatsanwalt hat das Einschreiten gegen Dr. Straßburger abgelehnt, daß eine „beleidigende Absicht fern gelegen“ habe. Bekannt ist aber, daß der Ausdrucksweise hätte vermieden werden können, worauf auch Dr. Straßburger im Aufschlagswege verwiesen worden ist. Genosse Kardinal wird jetzt im Wege der Privatklage den Staatsanwalt zu belangen suchen. Nicht, um ihn bestrafen zu lassen, sondern um festzustellen, ob ein Staatsanwalt einen Angeklagten straflos belügen darf.

Sieht deutsche Männer.

Während sich im Südwesten Deutschlands die „Watersandstollen“ aller Vaterländer versammelten, trat in der Nordost-See, in Bromberg, der sogenannte „Deutsche Tag“ des patriotischen Osmarvereins zusammen. Der erste Referent, Freiherr von Liebenow-Seeheim, erklärte: „Im Nationalitätenkampf hat man nicht vor scharfen Maßnahmen zurückzutreten. Wir dürfen uns nicht bange machen lassen, wenn einer oder der andere in allzu großer Gewissenhaftigkeit sagt: Das ist gegen die Verfassung! Es ist unsere Pflicht, die allerhöchsten Mittel anzuwenden, um die Polen zur Umkehr und zum Anschluß an uns zu zwingen.“ Der zweite Referent, Justizrat Wagner, trat für die Zwangsenteignung an polnische Grundbesitzer und das Einspruchsrecht des Staates gegen den Verkauf von Grundstücken an Polen ein. Er erklärte: Die Regierung scheine diesen Plänen nicht abgeneigt zu sein. Ferner sagte er noch der „Täg. Ansb.“

„Die „Frankf. Zig.“ hat kürzlich ironisch gesagt, ob den Polen Recht oder Unrecht geschehe, sei wohl Nebensache. Ja, das ist wohl Nebensache!“

Die patriotisch angelegte Versammlung spendete diesem Dementis des königlich preussischen Justizrates Wagner laute Beifall. Der antisemitische Rechtsanwalt Schaub-Deppig hatte aber Angst vor der Expropriation. Wende man sie als Mittel des Nationalitätenkampfes werden, eine willkommene Waffe in der Hand der Sozialisten. Schließlich wurde vom neuen Reichsvereinsgesetz durch Annahme einer Resolution gefordert, daß Versammlungen nur öffentlich abgehalten und alle nicht-deutschen Sprachen verboten werden sollen.

Das also ist die feinste Blüte des Nationalen, das ist das höchste Deutschland: Mit Verfassungskämpfen und Zwangsenteignungen andere Nationalitäten zu verächtlichen, es zur Nebensache zu machen, ob Recht oder Verunstaltung!

Ob dieser echt deutschen Gesinnungen erhielten aber die Osmarvereinsvereine auch ein helles Danktelegramm des Fürsten Bismarck!!!

Die Situation in Ost-Preußen. Der Gouverneur

der Kapkolonie telegraphiert, daß weitere fünfzig Polizisten, sowie ein Spezialkommissar nach der deutschen Grenze geschickt seien, um über die näheren Umstände von Moringas Einfall — Ermittlungen anzustellen.

Nach Privatnachrichten aus Kapstadt sollen Moringa und Simon Kopper sich bei Natal vereinigt haben. Die Zahl der Moringaleute wird neuerdings erheblich geringer angegeben. Die Grenzgebiete sind von Farmern und Vieh geräumt. Die Bondelworts sind bisher ruhig. 50 Mann sind seit dem 14. unterwegs nach Warmbad und Braakwater zur freiwilligen Arbeit am Bahnbau.

Nationalliberales zum preussischen Wahlrechtskampf.

Pluralproportional! Dessenförrer Wahlmann!

In der Nationalliberalen Korrespondenz“ veröffentlicht der nationalliberale Vizepräsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Justizrat Krause, einen Artikel über Praktische Wahlrechtsprobleme“. Der wegen der einflussreichen Stellung des Verfassers und der Offenheit seiner Darlegungen zu den bedeutendsten Kundgebungen gerechnet werden muß, die bisher zur preussischen Wahlrechtsfrage erschienen sind. Herr Dr. Krause erklärt das Dreiklassenwahlrecht für unhaltbar, eine sehr große Mehrheit des Abgeordnetenhauses sei gegen seine Forderung. Es widerspricht dem sozialen und dem politischen Empfinden, brücht das wichtigste politische Recht für die Handarbeiter fast auf ein Nichts herab und läßt so „eine Summe wertvoller Intelligenz der Arbeit für das Vaterland verloren gehen.“

Auf der anderen Seite scheint Herr Dr. Krause aber auch das Reichstagswahlrecht für Preußen „unerreichbar“ zu sein. Ein Haupthindernis für seine Einführung bildet, wie er angegeben, die Haltung der großen Mehrheit der Nationalliberalen. Nach ihrer Meinung paßt das gleiche Wahlrecht nicht auf Preußen, wo hauptsächlich Kulturaufgaben zu erfüllen sind, deren materieller und ideeller Träger das leistungsfähige, reiche und gebildete Bürgertum ist. Immerhin will Herr Krause diese für die Masse des arbeitenden Volks schmerz beidende Auffassung (als ob die Erfüllung von Kulturaufgaben nicht ihre Sache sei) nicht allen Nationalliberalen unterwerfen. Er behauptet das Vorhandensein einer Strömung in seiner Partei, die dem gleichen Landtagswahlrecht nicht abgeneigt ist, und rühmt zu ihr namentlich die sogenannten Jungliberalen. (Aber der Führer der preussischen Jungliberalen, Dr. Dittler, beschimpft bei jeder Gelegenheit die Sozialdemokratie, weil sie das gleiche Recht in Preußen will! D. Red.)

Zwischen dem „unhaltbaren Dreiklassenwahlrecht“ und dem — dank der Haltung der Nationalliberalen — ihm „unerreichbaren Reichstagswahlrecht“ sucht Dr. Krause einen „Mittelweg“, den nach seiner Konzeption sowohl die Freireformations, wie auch die Freireformungen (1) betreffen werden. Dieser „Mittelweg“ sieht folgendermaßen aus:

1. Mehrklassenwahlrecht (Pluralwahlrecht) für höheres Alter und ein gewisses Einkommen.
2. Proportionalwahlrecht.
3. Berücksichtigung der weniger bevölkerten landwirtschaftlichen Gegenden bei der Wahlkreiseinteilung.
4. Wahlpflicht.
5. Öffentliche Abstimmung.

Punkt 1 bis 3 sind aus den Veröffentlichungen der „Frankischen Tagespost“ bereits bekannt: eine Abweichung von ihnen tritt nur insofern hervor, als Krause gegen die Bildungspriorität Bedenken hat und an ihre Stelle das Mehrklassenwahlrecht des Alters setzen will. Das und angeben, daß es in der Vorlesung, die Wahlpflicht einzuführen und sie mit der Öffentlichkeit der Abstimmung zu verbinden. Man bedenke, was es heißt, wenn jeder preussische Staatsbürger vom Gendarmen zur Urne geleppt werden soll, um dort, wieder unter Obhut des Gendarmen, seine Stimme abzugeben! Das bedeutet nichts anderes, als die systematische Bergemaltigung jeder Opposition durch die gewählten Hilfspolizei der Regierung. Das bedeutet für Hunderttausende ein Maß von Knechtschaft, Erniedrigung und Entwürdigung, wie es selbst von einem streng absolutistischen Staat nicht erreicht werden kann. Der Absolutismus schließt die Staatsbürger von der Teilnahme an der Staatsregierung aus. Es verurteilt sie zur Passivität. Der preussische Nationalliberalismus, tausendmal schlimmer, will die Staatsbürger zu einer Art von „Mümpfung“ zwingen, die für viele von ihnen weiter nichts ist, als eine ihnen abgepreßte widerwillige Aktivität zugunsten einer ihnen im Herzen vielleicht tauglichsten verhassten Regierungspolitik. Das preussische Volk würde sich selbst aus der Fülle der zivilisierten Nationen streichen, wenn es ein solches Wahlrecht über sich verhängen ließe! Diesen Wahlreformationsplan seinen Urhebern vor die Füße zu werfen, mag ihm ein Gebot der nationalen Ehre sein!

Indes, noch sind die Wähler nicht gefallen. Der nationalliberale Vorschlag ist noch keine unmittelbare drohende Gefahr. Viel eher ist es ein gar nicht genug bodenschütternder Beweis dafür, auf welche Abwege sich jeder eiserne Griff verirren muß, der außerhalb des allgemeinen, geübten und direkten Wahlrechts eine Fälschung des preussischen Wahlrechtsproblems sucht. Auch Herr Krause, der noch lange nicht zu den reaktionärsten Mitgliedern seiner Fraktion gehört, mußte ebenfalls eine Empfindung dafür haben, daß die Forderung in dem Gebiete liegt, eine Wahlreform anzustellen, zugunsten der „unteren“ Volksklassen bevorzugen zu wollen, die diesen

Volksklassen nur gegen ihren vergewaltigten Widerstand aufgebracht werden könnte. Das der Vizepräsident des preussischen Abgeordnetenhauses für praktische Wahlrechtspolitik hält, ist die unpraktischste, unvollständigste, antinationalste Politik der Welt. Es ist einfach „Katastrophenpolitik.“

Wenn's Kind in den Brunnen gefallen... Und Schwerin meldet die „D. A.“: Infolge der Dynamit-Explosion in Dömitz hat die Großherzogliche Staatsregierung die Bildung einer ständigen Ministerialkommission angeordnet, welche die ständige Ueberwachung des Betriebes der Sprengstoff-Fabriken in Mecklenburg, sowie jährlich zweimal Besichtigungen aller Sprengstofffabriken vorzunehmen hat. Die Stabsgemeinde Dömitz wird gegen den Weiterbetrieb der Dynamitfabrik auf dem bisherigen Grundstücken Protest erheben und die Verlegung der Fabrik aus der Umgebung der Stadt verlangen.

Vom Peters-Platz. Zu den Schaustellungen von Dr. Peters durch eine Berliner Kongregation zur Schrift des „Süddeutsche Reich“. Vielleicht engagiert die Kongregation auch noch Rasuli und Moriga. Ein Geschäft ist damit zu machen. Aber hoffentlich hört man nun auf, Peters als Nationalhelden zu feiern.

Der Verleumdungsprozess von Feld Peters gegen den Redakteur Dr. Brill der sozialdemokratischen „Frankischen Tagespost“ gelangt am 8. Oktober und folgende Tage vor dem Nürnberg (also auch einem nicht preussischen) Schöffengericht zur Verhandlung. Es wird das persönliche Erscheinen der Parteien angeordnet werden, auch wird der ganze Zeugenapparat wie im Münchener Prozess in Tätigkeit gesetzt werden. Generalleutnant a. D. v. Liebert in Charlottenburg soll gleichfalls als „Sachverständiger“ geladen werden. Man reißt sich bereits um die Eintrittskarten.

Zunehmende Toleranz. Pariser Blätter nehmen mit großer Befriedigung Kenntnis davon, daß bei Gelegenheit des in Straßburg stattfindenden sportlichen Festes auch der Gebrauch französischer Fahnen zur Dekoration des Veräußerungsortes abgelehnt wurde. „Dies ist“, sagt der „Temps“, ein Akt der Billigkeit und Toleranz, den die schiffliche Bevölkerung mit lebhafter Freude anerkennt.

Ausland.

Das Philippinische Parlament. Die Parlamente der Welt werden sich im nächsten Oktober um ein vermehren und zwar um das der Philippinen, dessen Wahl am 31. d. Mts. stattfinden wird. Diese neue Erregung ist die Folge der Abschaffung der spanischen Herrschaft und der Einverleibung der Philippinen zu den Vereinigten Staaten.

Umwälzung in Japan. Vor 30 Jahren regierte die Feudalherrenschaft in Japan. Heute ist diese für immer verschwunden und industrieller Feudalismus an ihre Stelle getreten. Doch so schnell hat sich dieser Umwälzungsprozess vollzogen, daß dieser wiederum bereits bis zu einem gewissen Grade durch das Staatsigentumsrecht verdrängt wurde. In dem Juniheft von „Appletons Magazine“ lesen wir in einem Artikel „Das neue wirtschaftliche Regime in Japan“ in Bezug auf das Anwachsen des industriellen Kapitalismus folgendes:

Seit der Friedenserklärung gibt es 314 neue Unternehmen oder reorganisierte alte mit einem Kapital von 800 Millionen Mark. Dieses ist nahezu 1/3 des vor dem Kriege in diesen Unternehmungen angelegten Kapitals und bedeckt ein riesiges Terrain über ganz Japan. Innerhalb weniger Monate wurden neue Unternehmen mit 1.250.000.000 Mark Kapital gegründet und andere mit ebensolchem Kapital vorangetrieben. Zum Staatsigentumsrecht lesen wir: Der Krieg mit Rußland übertrieb Japan eine große Schuldenslast auf. Neue Einnahmequellen mußten gefunden werden, weshalb die Regierung alle Privatbahnen nationalisierte, und die Profite einlegte, die bisher in die Hände der Kapitalisten gingen. Außerdem gewann die Regierung durch ein Beihilfesystem Kontrolle über den Schiffahrtsverkehr.

Die Regierung eignet und betreibt alle Eisenbahnen, und die großen Schiffahrtsgesellschaften, wie die Nippon Yusen Kaisha, die Osaka Spinnerei Kaisha und die Tosen Kaisha sind direkt unterstellt und praktisch ein Teil des Regierungssystems.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 20. August.

Die Wahlrechtsbewegung in Preußen

bildete gestern Abend den Gegenstand von Erörterungen im Sozialdemokratischen Verein. Genosse Albert wies in dem einleitenden Referat auf unsere Wahlrechtsbewegung vom vorigen Jahre hin und schilderte in zusammenfassender Weise, wie die Wahlrechtsfrage sich inzwischen gestaltet hat. Die Vorgänge, auf denen das Referat fußte, sind bei unseren Lesern noch in frischer Erinnerung, so daß wir uns ein näheres Eingehen darauf ersparen können. Dagegen interessiert, was in der Versammlung über unsere Stellung gegenüber dem Freisinn in der Wahlrechtsfrage zum Ausdruck gebracht wurde. Genosse Albert vertrat die Meinung, daß es gelten werde, falls die Wahlreform bei den Landtagswahlen zur Wahlparole werden sollte, diejenigen freisinnigen und sonstigen bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen, die für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen sind. Dagegen hält er den Freisinn nicht für hindernisfähig. Einen Kompromiß könne man mit ihm nicht schließen, es könne sich vielmehr nur um bedingungslose Unterstützung der einzelnen Kandidaten handeln.

Genosse Dombrösky will von einer Unterstützung des Freisinns nichts wissen und meint, wir sollen lieber warten, bis wir aus eigener Kraft in den Landtag eindringen können. Genosse Günther war der Meinung, es sei noch nicht an der Zeit darüber zu entscheiden, ob wir dem Freisinn Mithilfe leisten sollen. Wert sei er solche Hilfe aber nicht. Besser sei es, man patiere nicht mit ihm, sondern lasse ihn allein fortwursteln. Genosse Zahra führte aus: Vom Freisinn sei nur wenig zu reiten, auch wenn wir für ihn eintreten. In den paar schlesischen Kreisen, deren Reichstagsmandate in seinem Besitz sind, kann er unter dem Dreiklassensystem auch mit unserer Hilfe noch keine Landtagsitze erobern. Uns in Breslau aber kann es nicht leicht fallen, den Freisinn zu unterstützen, der bei den letzten Landtagswahlen sämtliche drei Mandate den Konservativen überließ. Die Wahlreform, wie sie kommen wird, hat für uns auch nur herzlich wenig Bedeutung. Wir werden ein kleines Häuflein von Abgeordneten in den Landtag hineinbekommen, das lediglich Kritik an den herrschenden Zuständen üben kann. Ehe es in Preußen anders wird, müssen die Junker erst politisch vollständig abgewirtschaftet haben und diese Zeit wird ja auch kommen. Reibner will aber nicht sagen, daß man den Freisinn absolut nicht unterstützen soll.

Genosse Albert führte in seinem Schlussworte noch aus, wir könnten doch solange nicht warten, bis die Junker einmal abgewirtschaftet haben, bevor wir in eine Wahlrechtsbewegung eintreten. Wir können die Zeit, bis zu der die preussischen Junker abgewirt-

Monats Nachrichten.

schaffte haben, wesentlich verkürzen, wenn wir auch nur wenige Genossen im Abgeordnetenhaus haben...

Eine Frauenversammlung findet Donnerstag, den 28. August, Abends 8 Uhr im Saale des Schweizerhof...

Des Sommers Lust geht halb zur Reize. Wer sie noch genießen will, der muß sich recht beeilen...

Der Motor-Schrittmacher Götter ist nicht gestorben, er einen Bruch des Beckens und der Wirbelsäule erlitten...

Die Diktirationsausflug. Circa 800 Parteigenossen, Frauen und Kinder haben sich am Sonntag, den 18. August am Ausflug...

Der Schwimmverein „Poseidon“ veranstaltete am Sonntag in der Straußischen Badeanstalt ein großes Schwimmfest...

Die Freude bereitet den Zuschauern ein Jugend-schwimmrennen über 180 Meter, bei dem die Teilnahme besonders stark war...

Das Ergebnis beim Springen war folgendes: Langner 37 1/2, Köster 34 3/4 und Mai 33 1/4 Punkte...

Dann folgte ein Befähigungsschwimmen für Senioren über 180 Meter, je 45 Meter Brust, Rücken, Seite und Spanisch...

Es folgte ein Mehrkampf. Beim Tauchen nach 11 Teller, darnach beim Springen Pohl 12 1/4 Punkte und Langner 11 1/2 Punkte...

Am dem folgenden Pindernschwimmen zeigten die Zuschauer wieder besonderes eingehendes Interesse...

Nun trat die Jugend wieder zu einem Brustschwimmrennen über 135 Meter zusammen...

Wichtiglich wurde noch ein Ententauchen vorgenommen, worauf im „Nüßchen Strand der Oder“ ein gemüthliches Beisammensein folgte...

Knappschußwehren und die Vollmacht dieses Systems, das so viele Opfer fordert, hinter die Ober-schleusen, daß auch für die Bergarbeiter einmal die Morgenluft einer neuen Zeit anbricht...

Dittendorf, 19. August. Schwerer Unglücksfall. Heute Morgen ereignete sich auf der elektrischen Straßenbahn...

Fellhammer, 19. August. Achtung, Bergarbeiterfrauen! Mittwoch Abends um 6 Uhr findet in Wilhelms Gasthaus eine öffentliche Versammlung statt...

Haberz, 20. August. Opfer der Grube. Auf dem Angewandtschaft der bei Dittendorf gelegenen Hedwigungsgruben sind gestern sieben Bergleute durch vorzeitiges Versagen eines Sprengschusses schwer verletzt worden...

Aus den Gerichtssälen.

Die Bestie als Unteroffizier. Zu den schiefstündigen Subjekten, die aus Rohheit, Bosheit und vielleicht auch aus Willst sich an Untergebenen vergeiffen, gehört der Unteroffizier Rudolf Schmidt von der 11. Kompagnie des Regiments „Hamburg“...

Ein jüdischer Vater.

Wie berichtetes kürzlich unter der Epitaphmarke „Das Maximilian des Wanderkinder“ über die Mißhandlungen, mit denen der Stuttgarter Musikdirektor Robert Stein del, der Vater des aus ihm und seinen drei jungen Söhnen bestehenden berühmten Stein del-quartetts, fortgesetzt seine Söhne traktiert hatte...

Würfeln verboten.

Zu unserem Verzeßbericht, wonach ein Gastwirt von der Oberstraße in Breslau zu drei Mark Geldstrafe verurteilt wurde...

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Maurer! Dienstag, den 20. August, findet im Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung mit Vortrag statt...

Marokko.

Tanger, 20. August. (S. Z. B.) Nachrichten aus Marokko bestätigen die Meldung, daß zahlreiche marokkanische Denkmäler sich auf dem Wege nach Casablanca befinden...

Tanger, 19. August. Die französischen Truppen hatten bei Casablanca am 18. August von 7 Uhr bis 11 Uhr Vormittags einen außerordentlich erfolgreichen Angriffskampft...

London, 19. August. Zu dem Angriff auf die Franzosen griffen die Marokkaner Vormittags Casablanca an...

Hamburg, 19. August. Der Dampfer „Arabia“ der Bremer Afrika Linie ist hier von Casablanca eingetroffen...

Mogador, 20. August. (Hirsch's L. B.) Die Ankunft des Kreuzers „Du Chailla“ hat unter der Besoldigung große Freubigung hervorgeufen...

Meuterei im Gefängnis.

Neapel, 20. August. (S. T. B.) Im Gefängnis von Salerno entstand gestern eine Meuterei. Die Sträflinge sprengten mit Dynamit die Mauern und gelangten so ins Freie...

Neuer „Volksvertreter“.

Berlin, 20. August. (S. T. B.) Durch königlichen Erlaß ist Graf Del muth von Molite zu Crella als Nachfolger seines Vaters in das Herrenhaus berufen worden...

Versammlungen und Vereine.

Die Angliederung der Maschinenarbeiter an den Metallarbeiter-Verband. Für Sonntag waren die Dreher und Maschinenarbeiter von der Vorstandverwaltung zu einer öffentlichen Versammlung im Gewerkschaftshaus eingeladen...

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

Schauspielhaus. Heute sowie täglich finden Wiederholungen des übermüthigen französischen Schwanens „Haben Sie nicht zu vergolten?“ statt...

Meteorologische Beobachtungen der königlichen Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: Datum/Zeit, Richtung/Wert, Abends 9 Uhr, Morgens 7 Uhr. Rows include Luftwärme, Luftdruck, Dunstdruck, Dunnsättigung, Wind, Wetter.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Table with 5 columns: Temp., Wind, Nebel, Temp.-Ext., Wetter. Rows list locations like Bresl. Sternw., Rosenthal Br., Deutlich O.S., Dabellswerdt, Sanneluppe, Rillertal, Görlitz, Müllersberg, Därowo.

Aus Schlesien und Polen.

Neu-Lüßig, 19. August. Letzte Schicht! Welch grausame Kunde für die Bergarbeiter. Entweder ist einer ihrer Kollegen den zahlreichen Gefahren im Beruf zum Opfer gefallen...

Die rote Internationale in Stuttgart.

Die Eröffnung des Kongresses.

C. D. Stuttgart, den 18. August 1907.

Im großen Saale der „Viehhalle“ trat heute Vormittag 11 Uhr der siebente internationale Sozialistenkongress zusammen. Schon lange vor der angeordneten Zeit drängte sich in dem großen Saale eine mehrtausendköpfige Menge. Während im Hinteren des Saales hauptsächlich die Delegierten mit ihren Angehörigen Platz genommen hatten, hatten die Stuttgarter Parteigenossen und Genosseninnen die vorderen Tribünen gefüllt. Der Saal selbst trug keine besonders feierliche Ausschmückung: ein paar Fahnen in Stuttgarter und internationalen Farben, ein paar rote Draperien, auf den einzelnen Tischen Blumenbouquets mit roten Ähren und roten Ähren. Auf beiden Seiten des Podiums saßen die Herren von Marx und Passale, an der Galerie rechts saßen auf die vorbeigehenden sechs internationalen Kongresse hin. Die Plätze für die Delegierten sind so angelegt, daß Deutschland die gesamte Internationale umspannt, das heißt, daß die ausländischen Delegierten in der Mitte platziert sind ringsherum von den deutschen Genossen eingeschlossen. Um 11 Uhr küllte sich das Badem mit Sängern und Sängerinnen, die Jakob Ruborski, mit der Orgelbegleitung „Ein feste Burg“, die sich in der Halle an das Lutherische Ansehn, wirkungsvoll zum Vortrag brachten. Nachdem der Gesang verklungen, nahmen die Mitglieder des Internationalen Bureaus vor den Sängern Platz. Van der Vliet eröffnete im Namen des Bureaus den Kongress und gab kurzerhand Debel das Wort zur Begrüßungsansprache.

Debel.

(Mit stürmischem Händeklatschen begrüßt) heißt die Partei- und Kampfgenossen aller Länder im Namen der deutschen Sozialdemokratie herzlich willkommen. Zum ersten Male tagt der internationale Sozialistenkongress in Deutschland, das in Bezug auf die bürgerliche Freiheit mit Recht den schlechtesten Ruf hat. Lange hat die deutsche Sozialdemokratie mit dieser Einladung gezögert, denn das Deutsche Reich ist keine Stätte der Freiheit und des Rechts. Auch nach der Amsterdamer Einladung ist uns noch manches Bedenken aufgestiegen — wir stänere nur an die Ausweitung von Jaures und die Schnorren- und Verschönererze des Fürsten Bülow. (Wut-Rufe.) —, ob Deutschland die Internationale wirklich empfangen dürfe. Aber wir haben es gewagt, zwar nicht unter den Augen der Berliner Polizei, die nicht unserm Geschmaack ist (Heiterkeit), wohl aber hier in Stuttgart, und Sie sehen: wir haben jetzt eine Versammlung vor uns, so glänzend und großartig, wie sie noch nie ein internationaler Sozialistenkongress aufzuweisen hatte. (Bravo!) Aber diese glänzende Versammlung ist nur das äußere Zeichen dafür, in welcher mächtiger Weise die Gedanken der Internationale in der ganzen Kulturwelt Boden gefaßt haben. Wir sehen heute eine internationale Bewegung des menschlichen Fortschritts von einer Großartigkeit vor uns, wie die Geschichte der Menschheit sie noch niemals ähnlich aufzuweisen hatte. Seit Amsterdam haben wir auf allen Gebieten große Erfolge zu verzeichnen. Schon in Amsterdam zeigten sich inmitten eines menschenverdorrten Kampfes Plechanow und Katayama, als Vertreter des russischen und japanischen Proletariats; die Hände zum Friedensbunde. (Bravo!) Kurz darauf gelang noch unter dem Einfluß der heftigen Amsterdamer Debatten über die Teilnahme von Sozialisten an der Regierung das große Werk, die französische Brutepartei zu eintigen, und geehrt errang sie bald einen glänzenden Wahlsieg. (Sehr gut!) Auch in England hat zum ersten Male eine selbständige Arbeiterpartei den Wahlkampf durchgeführt und als bedeutenden Erfolg sah sie 32 Vertreter des Proletariats in das Unterhaus einziehen. (Lebhafte Beifall.)

Jetzt hat nun die englische Bourgeoisie, wie ich schon in Amsterdam vorher sagte, einen „Sozialisten“ ins Ministerium berufen, aber unsere englischen Freunde haben sich dadurch auch nicht um Saarebreite von ihrer echt proletarischen Taktik abbringen lassen. (Bravo.) In Finnland hat die Sozialdemokratie mit Hilfe des radikalsten Wahlrechts — merkwürdig genug unter der Oberherrschaft des Kares! — den proletarischen Männern nicht nur, sondern auch den Frauen des Proletariats eine machtvolle Vertretung gesichert! In Oesterreich haben unsere Genossen ihren heroischen Kampf für das gerechte Wahlrecht durch den herrlichen Wahlsieg gekrönt, der ihre Fraktion zur stärksten des internationalen Sozialismus machte. (Stürmischer Beifall.) In Amerika hat der gemeinsame Vernichtungsfeldzug gegen unseren Gerossenen Haaswood der Arbeiter die Augen darüber geöffnet, daß es auch in der demokratischen Republik für die Arbeiter kein Recht und keine Freiheit giebt. In der Schweiz und in Holland haben unsere Genossen bedeutende Siege bei den Kommunalwahlen errungen. Nur Deutschland macht scheinbar eine Ausnahme. Nach einem beispiellosen Wahlkampf hat man uns eine Anzahl Mandate entzissen. Aber 3,250,000 eisenharte Männer sprachen uns trotz alledem ihr Vertrauen aus; unsere Organisationen sind allein im letzten Jahre um 36 Prozent gewachsen; unsere Klasse ist voller als vor Beginn des Kampfes; alle Nachwahlen sind günstig. Nein, wir sind nicht niedergeritten, wir sitzen so fest als je im Sattel und sehen nichts anderes herbei als neuen Kampf. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Überall marschieren die Internationale, und dieser Kongress soll sie weiter stärken und kräftigen. Nicht wie die Internationale der Reaktionen im Haag zu ihrem Verber, sondern zu freudiger, zielbewußter Arbeit sind wir hier zusammengekommen. Und zum Zeichen dessen fordere ich Sie auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: Die Völker, die menschenheitsbefreundende Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Die Delegierten stimmten begeistert dreimal in den Hochruf ein. Auch die Ueberseesenden Clara Zetkin und Rosa Luxemburg wurden mit stürmischem Beifall begrüßt.

Vanderveelde - Brakke:

Im Namen des Internationalen Bureaus danke ich dem Genossen Debel für seine Begrüßungsworte, dem berühmten Vertreter aller Parteien, die sich der Internationale angeschlossen hat. Wir haben hier die Verbindungen geübert, seit Debel als junger Führer mit Liebknecht zusammen an die Spitze der deutschen Sozialdemokratie trat! Vor 26 Jahren war die Kommune belagert, Debel

und Liebknecht waren infolge ihres mutigen Protestes gegen die Anexion Elsass-Lothringens im Gefängnis. Heute sind auf diesem Kongress 25 verschiedene Nationen aus allen Teilen der Welt vertreten. Auch Aßen hat einen Vertreter entsandt, und zwar aus Japan, diesem herrlichen Volke, das Europa nicht nur seine Kanonen und seine Industrie, sondern auch das Kapital von Marx und das Prinzip des Klassenkampfes abgenommen hat. Mit mehr Recht als Karl V. von seinem Reich können wir Sozialisten sagen, daß in den Ländern, wo die rote Fahne weht, die Sonne nicht untergeht. (Stürm. Beifall.) Nicht nur in der Breite, sondern auch in der Tiefe haben wir uns seit Amsterdam entwickelt. In Frankreich sitzen jetzt Bailant, der Veteran der Kommune und Jaures die Hoffnung des Sozialismus brüderlich vereint; in englischen Parlament sind mehr Proletarier vertreten als in irgend einem anderen. In Finnland und Oesterreich haben unsere Genossen das allgemeine Stimmrecht erkämpft. (Bravo!) Den heldenmütigen Freiheitskämpfern in Rußland senden wir unsern innigen Brudergruß. (Lebh. Beifall und Händeklatschen.) Im drei Jahre langen opfermühtigen Kampfe ist der Javismus von ihnen zu Tode getroffen, aber die Pest ist noch nicht verendet. Doch haben wir Vertrauen: die französische Revolution dauerte von 1789 bis 1815, und Revolutionen dauern um so länger, je tiefergehender sie sind. Hoffen wir, daß die russische Revolution nicht nur eine bürgerlich-demokratische sein, sondern die Sicherung des sozialistischen Proletariats tragen wird. Das Marxiuum der russischen Freiheitskämpfer wird nicht umsonst sein, die mit ihrem Blut getränkte Saat wird ihre herrlichen Früchte tragen. (Lebhafte, anhaltender Beifall.) In Ihrem Namen danke ich der deutschen Sozialdemokratie für ihre Gastfreundschaft. Alle, die den Weltfrieden wünschen, bilden heute nach Stuttgart. Wir vereinigen unter dem roten Banner Gelbe, Schwarze und Weiße, Deutsche und Franzosen, Russen und Japaner, Europäer, Afrikaner, Asiaten. Mit unserem Freal erobern wir die ganze Welt. Der Kapitalismus ist der Krieg, der Sozialismus aber ist der Frieden! (Lebh. Bravo!)

Auf Vorschlag Debel wird hierauf die Leitung der Verhandlungen dem Internationalen Bureau übertragen. Vanderveelde teilt mit, daß am Montag die Kommissionen zur Vorbereitung der Tagesordnung gebildet und zusammengetreten werden. Die nächste Plenarsitzung soll am Dienstag um 10 Uhr stattfinden. Die Zeit der Verhandlungen wird auf 10-11 und 3-6 eventuell 7 Uhr festgelegt. Das Präsidium wird für die Dauer des Kongresses dem Genossen Singer übertragen. Als Tagesordnung wird die provisorische Tagesordnung wie folgt genehmigt:

- 1. Der Militarismus und die internationalen Konflikte.
2. Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften.
3. Die Kolonialfrage.
4. Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter.
5. Frauenstimmrecht.

Die Punkte sollen in der Reihenfolge zur Verhandlung kommen, in der die Kommissionen mit ihren Beratungen fertig werden. Hierauf werden die Verhandlungen auf Montag 10 Uhr verlegt. Schluß 1 1/2 Uhr.

Der Beginn der Arbeiten.

C. B. Stuttgart, den 19. August 1907.

Die Kommissionsarbeiten, die auf 11 Uhr Vormittags angesetzt waren, mühen mit Ausnahme der Kommission für Kolonialfragen auf 3 Uhr verlegt werden, weil die Mandatsprüfungen der einzelnen Nationen mehr Zeit als vorgelesen in Anspruch nahmen und weil ferner die Resolutionen noch nicht sämtlich im Druck vorlagen. Die Deutschen schickten in die einzelnen Kommissionen folgende Delegierte:

- 1. Für Militarismus und Internationale Konflikte: Debel, Sachse, Dr. Südekum, von Vollmar.
2. Für die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften: Kautsky, Legien, Piannukh, Robert Schmidt.
3. Für die Kolonialfrage: Bod, Lebebour, Dr. David und Wurm.
4. Für die Ein- und Auswanderung der Arbeiter: Baebow, Paul Müller, Hansmann und Schippel.
5. Für Frauenwahlrecht: Clara Zetkin, Emma Höyer, Frau Riez, Sinaer.

Die Kommission für die Vorbereitung der Kolonialfrage

konstituierte sich Vormittags und wählte van Kol-Amsterdam zum Vorsitzenden und Terwagne-Antwerpen zum Schriftführer. In Vertretung von Kols übernimmt aber zunächst Solleskyer-New-York den Vorsitz. In der Generaldebatte weiß Genosse Dr. David-Möns darauf hin, daß schon frühere Kongresse sich mit der Kolonialfrage befaßt und Resolutionen gefaßt hätten. Es genüge aber nicht, diese Resolutionen zu wiederholen, sondern es komme darauf an, praktische Direktiven zu geben und zu erklären, daß die Sozialdemokratie die Art, wie die bürgerliche Welt kolonisiert, verurteile, daß sie aber ihren ganzen Einfluß aufzubringen müsse, um sowohl die koloniale Bevölkerung wie die kolonialen Naturkräfte gegen kapitalistische Ausbeutung zu schützen. Das sei dasselbe, was die Sozialdemokratie in Kulturländern dem Kapitalismus gegenüber durch Schaffung der Arbeiterjugendgeetze tue. Debel hatte im deutschen Reichstag in diesem Sinne sich ausgesprochen. Er sagte: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik betrieben wird. Kommen Vertreter kultivierter Länder zu fremden Völkern als Herrscher, um ihnen die Erzeugnisse der Kultur und der Zivilisation zu bringen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als Kulturmission zu unterstützen bereit sind.“ Ich empfehle diese Gesichtspunkte bei der Abfassung einer eventuellen Resolution zu berücksichtigen.

Genosse Lebebour: Ich muß mich leider gegen David und in gewissem Sinne auch gegen Debel wenden. Genosse David hat die Darstellung außer acht gelassen. Solange wir eine kapitalistische Gesellschaft haben, wird die Kolonialpolitik stets die sklavischen Formen zeigen, die wir alle verurteilen. David scheint diese Sklavheiten für vermeidbar und für Begleiterscheinungen der heutigen Kolonisation zu halten. Das ist ein grundsätzlicher Irrtum. Er hat sich für seine Ansicht auf Debel berufen und hier eine angelegliche Erklärung Debel's verlesen. Es handelt sich aber hier um keine autoritative Erklärung Debel's, sondern um eine beifällige Bemerkung in einer seiner vielen Reichstagsreden zu Kolonialfragen, und wie ich Debel's Stellung kenne, würde er gegen eine solche Interpretation seiner Worte durch David protestieren. Es geht nicht an, einen solchen Satz allein herauszugreifen. Der Satz an sich freilich zwingt mich, auch gegen Debel zu polemisieren, denn er läßt die Deutung zu, als seien die jetzigen Sklavheiten der Kolonialpolitik im heutigen Staate vermeidbar. Die jetzige Kolonialpolitik ist aber das unvermeidbare Resultat des Kapitalismus und nur durch die Widerstandskraft der Aus-

gebeuteten selbst können diese Sklavheiten gemildert werden. In den Kolonien können sie dies nicht, da die Kolonialausbeutung so gut wie gar keine Widerstandskraft besitzt. In einer Kolonialpolitik müssen wir an die Spitze stellen, daß wir von der kapitalistischen Kolonialpolitik keine Berücksichtigung der kulturellen Mission erwarten. Da wir grundsätzliche Gegner jeder Ausbeutung und Unterdrückung im eigenen Lande sind, müssen wir die noch viel schlimmere Ausbeutung in den Kolonien grundsätzliche bekämpfen. Wenn wir diese grundsätzliche Erklärung an die Spitze gestellt haben, können wir dann hinzusetzen, daß wir als Minorität für möglichen Schutz der Eingeborenen durch Schaffung eines Kolonialrechts eintritten wollen. Darüber sind wir wohl alle einig. Die Hauptsache ist, daß niemand durch unsere Resolution auf die Idee kommen kann, wir hätten eine andere als eine mit Grausamkeiten und Schandthaten verbundene Kolonialpolitik mit dem Kapitalismus vereinbart. Hierauf tritt eine Mittagspause ein.

In der Sektion für Kolonialpolitik wurde am Nachmittage die Debatte fortgesetzt. van Kol, Witsaut und Lebebour beantragten folgende Resolution:

Der Kongress bekräftigt von neuem die Resolution von Paris (1900) und Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und verurteilt nochmals die jetzige Kolonialpolitik. Das Wesen des Kapitalismus hat keinen anderen Zweck, als fremde Länder zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, und sie skolonungslos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten. Der Kongress verurteilt jede Politik des Raubes und der Eroberung, die nur eine schamlose Anwendung des Rechtes des Stärkeren ist. Der Kongress erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten in allen Parlamenten die Pflicht haben, die Bekämpfung der Ausbeutung und Anechtung zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht. Zu diesem Zwecke haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern und jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen und deren Ausbeutung und Verslavung zu verhindern. Sie haben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erhaltung der Unabhängigkeit zu begünstigen. Finanziell betrachtet sollen die Ausgaben für die Kolonien ebenso wie die, die der Imperialismus verschuldet und die, die im Interesse der ökonomischen Entwicklung der Kolonien gemacht werden, von jenen getragen werden, die allein von der Ausbeutung fremder Länder Nutzen ziehen und deren Reichthümer daher stammen. — Terwagne-Belgien schlägt vor, folgenden Satz hinzuzusetzen: „Der Kongress verurteilt nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime autoritativ wirken können wird.“

Rouanet-Paris meint, es sei falsch, die Kolonialpolitik nur als kapitalistische Erscheinung zu betrachten. Sie sei auch eine historische Erscheinung. Er sei deshalb für den Antrag Terwagne. Es sei auch heute für die Kolonien manches zu erlangen. Die Kolonialfrage ist eine internationale und auch die Lösung des Eingeborenenrechts muß international erfolgen. Er will einen Zusatz beantragen in dem Sinne, daß ein internationales Kolonialrecht geschaffen werde. Terwagne begründet seinen Vorschlag und behauptet dabei, daß sein Standpunkt nur der der Minderheit seiner Partei ist. Die Frage ist so: Sollen wir am Kongre alles so lassen wie es ist, oder wollen wir die Zustände dort verbessern? Mit dem starren Prinzip ist nichts zu machen. Ob Kolonialfragen notwendig sind, wolle er nicht entscheiden. Man kann jedenfalls auch nicht sagen, daß sie entbehrlich sind. Der Kongress würde unlogisch handeln, wenn er sagte, auf kolonialpolitischen Gebieten können wir nichts tun. Wir können da dasselbe tun wie auf allen anderen Gebieten. Die Zukunftsarbeit darf nicht geschlossen werden. Deshalb müsse der von ihm beantragte Zusatz, der sich ja ursprünglich in der Resolution von Kol gefunden hat, angenommen werden.

Von David wird folgende Einteilung für die Resolution vorgeschlagen: „In der Erwägung, daß der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises in den Dienst der Menschheit stellen und die Völker aller Farben und Jungen zur höchsten Kultur emporführen will, wird der Kongress in der kolonialen Idee als solcher einen integrierenden Bestandteil dem internationalen Kulturziele der sozialistischen Bewegung. Die jetzige kapitalistische koloniale Methode aber hat keinen anderen Zweck, als fremde Völker auszubeuten etc.“

Bernerstorffer-Wien: Ich kann den Standpunkt Lebebour's, der die starke Negation vertritt, nicht teilen. Er sagt, die Kolonialpolitik ist der Ausfluß des Kapitalismus und deshalb müssen wir sie bekämpfen und dagegen protestieren. Wir protestieren aber nicht gegen den Kapitalismus, sondern bekämpfen ihn mit tausenden von Mitteln. Die Kolonien sind da und wir müssen uns in die Kolonialpolitik einmischen und positive Mitarbeit leisten. Ich bin für den Antrag Terwagne und am liebsten für die deutsche Einteilung.

Laurence-England gibt zu, daß das kapitalistische Kolonialsystem antikulturell und barbarisch ist. Er meint aber, daß die heutige Diskussion nicht von großem praktischem Werte sein wird.

Robin-Möns erklärt, daß der belgische Kongress sich gegen jede Kolonialpolitik ausgesprochen habe. Nach der Motivierung durch Terwagne könne er nicht mehr für dessen Antrag stimmen.

Solleskyer-New-York: Die koloniale Frage hat für die amerikanische Arbeiterklasse keine Bedeutung. Wehr Grausamkeiten und Barbarismus als es in der amerikanischen Großindustrie gibt, gibt es in der unentwickeltesten Kolonie nicht. Die amerikanischen Sozialisten sind deshalb der Ansicht, daß der Kapitalismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden muß.

Eine provisorische Abstimmung ergibt, daß die Mehrheit der Sektionen im Prinzip für eine neue Fassung im Sinne der Anträge Terwagne oder David ist. Es sollen nur noch Gegner eines solchen Einleitungsatzes zum Wort kommen.

Wurm: Im Laufe der Diskussion ist die Hauptfrage verabschiedet worden. Die Hauptfrage ist: wie sollen wir uns einer Kolonialpolitik gegenüber verhalten, die im Interesse des Kapitalismus gegen die Interessen der Arbeiter gemacht wird. Denn die Kolonialpolitik hängt nicht von unserer Gnade ab, sondern wird gegen uns gemacht. Die Kolonialpolitik belastet uns nicht nur mit großen Ausgaben, sondern erweckt auch Kriegsgefahren, und dieser Gesichtspunkt muß unbedingt in die Resolution hinein. Bernerstorffer sagt: Wir sollten nicht nur negativ Politik treiben. Die Abwehr von Gewalt ist aber eine eminent positive Politik. Solange wir keine Verantwortung für die Kolonialpolitik übernehmen können, müssen wir sie strikt ablehnen und dagegen protestieren. Ein solcher Protest ist keine leere Phrase, sondern er wirkt erzieherisch, propagandistisch und sozialistisch. Wir können keine Opportunismus treiben, um eventuell Gnade bei den Herrschenden zu finden und als gleichberechtigte Partei angesehen zu werden. Es gibt nichts Gemeinsames zwischen uns und den jetzt Herrschenden. Wir können nur prinzipielle Politik treiben.

Karsh-Hölen: Kolonialpolitik und kapitalistische Wirtschaft sind grundverschiedene Begriffe. Letztere können wir wandeln, erstere nicht. Gegen die Kolonialpolitik können wir nur protestieren. Schließlich wird unter Ablehnung der von David vorgeschlagenen Einleitung die Resolution von Kol in

...Tages von den deutschen Sozialdemokraten bereits überlegt ist, dass die Franzosen keine Aussicht haben, ihren auf dem Kongress zu Nancy gefassten Resolutions zum Siege zu verhelfen und dass die Mehrheit der französischen Delegierten zum Entgegenkommen bereit sei.

Auf dem sozialdemokratischen Frauenkongress wurde als künftiger Sitz des internationalen Sekretariats Stuttgart und als Organ die 'Gleichheit' gewählt.

Internationale Gewerkschaftskongresse.

Nicht weniger als neun internationale Berufs-Kongresse finden in dieser und nächster Woche im Anschluss an den internationalen Sozialistenkongress statt.

Die Tabakarbeiter.

Sie haben mit am längsten von allen Gewerkschaften internationale Beziehungen gepflegt. Bereits im Jahre 1871 traten Tabakarbeitergewerkschaften der verschiedenen Länder zu einem Kongress zusammen...

Die Zahl der Tabakarbeiter betrage etwa 6000 im Verband und 8000 im Nichtverband...

Arbeiterbewegung.

Die Bewegung im Ostau-Rarwiner Revier. In Oberberg fand eine von 300 Delegierten besuchte Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter des Ostau-Rarwiner Reviers statt.

Die heute in Oberberg tagende Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter des Ostau-Rarwiner Reviers vertritt mit Entschiedenheit die Forderungen der Arbeiter...

Die Resolution wurde nach langer und sehr stürmischer Debatte, an der sich mehr als 30 Redner beteiligten, einstimmig angenommen.

Die Entschiedenheit über den allgemeinen Streik wird nunmehr in den in dieser Woche stattfindenden Schacherversammlungen fallen, wo die Abstimmungen erfolgen werden.

Eine neue internationale Aktion der Scharfmacher gegen die Arbeiter. Seit letzter haben sich die Bauntrnehmer als die Kräfte der Ausbeutung und wütendsten Scharfmacher gegen die Arbeiter erwiesen...

1. Es sollen die zuständigen Behörden durch den hohen Regierungsrat auf das dringlichste angehalten werden, die

Mittelstellung, wie sie ausschließlich den beschriebenen Streik bedinglich vorkommen, zu beschließen, und dafür Sorge zu nehmen, dass die Menge an Personal daselbst auf die durch die Unpünktlichkeit gebotene Höhe zu bringen;

2. Es soll das Streikpostensystem strengstens eingehalten werden und falls die gesetzlichen Grundlagen für ein solches Verbot gegenwärtig fehlen, mit möglichster Eile dafür Sorge getragen werden, dass die gesetzliche Basis hierfür geschaffen werde;

Die Kartongearbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schade in Frankfurt a. M. sind in den Streit gezogen. Verlangt wurde neunstündige Arbeitszeit, 28 Mk. Wochenlohn für Zwickhauer, 25 Mk. für Tischarbeiter, Maschinenarbeiter 22.50 bis 25 Mk., Hilfsarbeiter 18 bis 20 Mk., nach drei Jahren 21 Mk. bis 22 Mk.

Die Unterzeichnung der Massenansperierung in Norwegen. Nach fünfjähriger Verhandlung ist am Freitag ein Uebereinkommen zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer der norwegischen Zellulose- und Papierindustrie zustande gekommen...

Zur Generalansperierung der Stettiner Konfektionsfabriken. Die Ansperierung dauert fort. So wollen es diejenigen Arbeitgeber, deren Kapitalkraft es gestattet, sich die geschäftsschädigende Produktionsstörung zu leisten.

Aus aller Welt.

Sächsische Rückfichten im Eisenbahn-Fahrplan. Eisenbahnkuriosas sind seit der Einführung des neuen Personen- und Gepäckverkehrs allerlei in Tage gefördert worden...

Ein neuer 'Fall Wietal'. Allerdings etwas anderer Art wie in Breslau, hat sich am Sonnabend Abend in Magdeburg vor dem Hause Faplochsbere 2 zugetragen.

Mit dem Fallschirm verunglückt! Als der Luftschiffer French in New-Haven (im Staate Connecticut) einen Ausstieg mit seinem Ballon unternahm...

Im Streit erstochen. Sonntag Abend 10 Uhr wurde auf dem Hofraum in einer Wirtshaus-Loch Hansen der daselbst als Ausläufer bedienstete Josef Krampferger von dem als Gast anwesenden 20-jährigen Hotelportier Josef Kurkal aus Kaltenbach in Böhmen erstochen.

Der Tod als Jergärtner. Berliner Blätter berichten: Durch eine verlorene Wurst verurteilt wurde der von der Markthalenverwaltung als Wächter in der Markthalle V angestellte Arbeiter Treuboth.

Ein Nachschick. Raut 'Vöhringischen Volksstimmen' haben junge Vergleite einen Nachschick gegen einen Artilleriemajor ausgeführt.

Kleine Chronik. In Northeim ist eine Diphtherie-Epidemie ausgebrochen. Etwa 50 Schulkinder sind erkrankt, mehrere derselben sind bereits gestorben.

seinem Wagen von drei Straßenräubern überfallen, die ihn seiner Barockschiff von 15.000 Franken beraubten und ihn an einen Baum banden.

Literatur.

'Die Elektrizität und ihre Technik.' W. Ved. Verlag von Ernst Vieweg, Verlagsbuchhandlung, Leitg. Von dem Werke liegt nunmehr die siebente vollständig umgearbeitete Auflage, 60. bis 70. Tausend, vor.

